THÜRINGER LANDTAG
7. Wahlperiode

Drucksache 7/6332
zu Drucksache 7/4827
15.09.2022

B e s c h l u s s e m p f e h l u n g

des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

zu dem Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU - Drucksache 7/4827 -

Corona-Schutzmaßnahmen lebensnah ausgestalten - einrichtungsbezogene Impfpflicht aussetzen

Berichterstatter: Abgeordneter Plötner

Beratungen:

Durch Beschluss des Landtags in seiner 70. Sitzung am 2. Februar 2022 wurde der Antrag an den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 28. April 2022, in seiner 50. Sitzung am 7. Juli 2022 sowie in seiner 52. Sitzung am 15. September 2022 beraten.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird mit folgenden Änderungen angenommen.

1. Nummer III Satz 3 wird aufgehoben.

2. Nummer V erhält folgende Fassung:

   "V. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Ermessensspielraum zur Aussetzung von Geldstrafen und Betretungsverboten zu nutzen und vollständig auszureizen. Zudem sollte die Regelung, wonach der Zugang für doppelt Geimpfte ab Oktober 2022 nicht mehr möglich ist, analog zur bayerischen Regelung nur für Neuzugänge unter den betroffenen Beschäftigten eingehend geprüft werden, um die Belastungen für Gesundheitsämter, Einrichtungen und Mitarbeiter im Geltungsbereich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht möglichst gering zu halten. Die Kommunen sind daraufhin umgehend über die rechtliche Situation und die ihnen zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume umfänglich zu informieren."

Eger
stellvertretende Vorsitzende

Druck: Thüringer Landtag, 19. September 2022